



Zentralrat Deutscher Staatsbürger-Deutsches Zentrum für Menschenrechte e. V.
Deutsche öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft
Deutsches Amt für universelle Menschenrechte nach verbrieftem Recht, Grundgesetz Artikel 1, 25, 140
in Anwendung mit Artikel 137 u.138 WRV nach Deutschem Recht

ZDS Vorstandsbüro Danziger Str. 22, 24837 Schleswig

Ministerium für Kultus Jugend und Sport
Ministerin Prof. Dr. Marion Schick
Schlossplatz 4

EINFACHE ABSCHRIFT

D-70173 Stuttgart

Fax: 0711 279 - 2839

12.03.2012

Ihre Geschäftszahl: 32-6521/102/1

Erneute Anfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne Ihre Benennung von öffentlichen Schulen, in denen Menschenrechte als ordentliches Lehrfach unterrichtet werden, müssen wir auf Ihre Erklärungen vom 09.12.2010 mit dem Hinweis zurückkommen, daß Demokratie nicht Menschenrecht und legal nicht legitim ist.

Religions-, Gewissens- und Glaubensfreiheit ist garantiertes, vorstaatlich-prärogatives und öffentlich-souveränes Recht (§§ 6-11 VStGB, Art. 1 (1), 25, 140 GG, §§81, 92, 102-104a, 105, 130, 167, 221, 240, 336, 357 ff. StGB -Kontrahierungszwang Art. 40 (2) UN-Res 56/83).

Die originären Gebietskörperschaften des Internationalen Zentrum für Menschenrechte, des Zentralrat Deutscher und Europäischer Bürger der natürlich-freien Menschen, wurden verfassungsgemäß aus dem vorkonstitutionell-zitierten Grundrecht als öffentlich-prärogative und originär-souveräne Gebietskörperschaften nach BGB rechtmäßig und urkundsgemäß Art. 140 GG am 22.11.2009 gegründet (Notar Johst Matthies Tostedt Urkunde 113 (ICHR) und 114 (ZEB) aus 2009). Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik haben die Gründungsurkunden der Gebietskörperschaften mit Datum vom 15.12.2009 in beurkundeter Form erhalten. Sie haben die Gründung, unseren Beitritt zum Grundgesetz und somit die Legitimation und Legalisation nicht bestritten.

Eine Religionsgemeinschaft ist rechtlich ein Angehöriger eines und desselben Glaubensbekenntnisses oder ein mehrerer verwandter Glaubensbekenntnisse zusammenfassender Verband zur allseitigen Erfüllung der durch das gemeinsame Bekenntnis gestellten Aufgaben.

Ein Völkerrechtsobjekt ist ein Rechtsobjekt im Völkerrecht, also ein Träger von völkerrechtlichen Rechten und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht

Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e. V.
Deutsches Amt für Menschenrechte – Leg. Dep. Schleswig-Holstein
Registereintrag Deutscher Bundestag ID 2-3231-5/119.09 Steuernummer Gemeinnützigkeit 15 293 78414
Bankverbindung: Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20; Kontonummer: 11 991 208
Gründungssitz: Kolonnenweg 29, D- 24837 Schleswig, Postanschrift Vorstand: Danziger Straße 22, 24837 Schleswig
Tel. Vorstand : 04621 – 994955, Fax: 04621 34963, e-mail zds.sl@hotmail.de, <http://zds-dzfmf.de>;
Gerichtsstand: Internationaler Gerichtshof für Menschenrechte ICHR/ IZMR - Sektion Deutschland,
Bielfeldweg 26, D-21682 STADE, Registernummer 101021-ZDS-001-1-1-

geregelt wird. Nach den Institutionen des römischen Rechts ergibt sich, daß das Recht des Staates oder des Gesetzes solche Körperschaften nicht macht und fingiert, sondern natürlich und originär vorfindet. Die Körperschaftsrechte werden nicht verliehen, sondern nur anerkannt (Institutionen und Geschichte des römischen Rechts, Band I, Emil Kuntze).

Ein neues Völkerrechtssubjekt erwirbt seine Völkerrechtspersönlichkeit unabhängig von seiner Anerkennung oder Nichtanerkennung durch die bloße Tatsache seines Entstehens. Die in der Anerkennung liegende Feststellung, daß das Völkerrechtssubjekt entstanden sei, ist nur deklatorischer Natur (OVG Münster, 14.02.1989 Verfahren: 18A 858/87 in NVwZ 1989, 790 (ZaöRV 51 [1991], 191).

Ein Volk setzt Freiheit voraus, um seine Macht natürlich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt entfalten zu können. Das Deutsche Volk bekennt sich zu den Menschenrechten (Art. 1 (2) GG). Deutschland ist de facto völkerrechtlich ein im Grundrecht der Bundesrepublik verbrieft, originärer, bekennender Konfessionsstaat (lateinisch: *confessio* = „Geständnis, Bekenntnis“).

Im Zusammenhang mit Art. 140, 25, 1 (2) GG haben wir bestimmte Fragen in Bezug auf Baden-Württemberg schriftlich mit Ihnen zu klären:

1. Gibt es ein Anerkennungsgesetz für Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg nach Art. 140, 25, 1 (2) GG?
2. Ist die Landesverfassung von Baden-Württemberg für die Zuständigkeit und Rechtmäßigkeit identisch mit der Deutschen Verfassung vom 11.08.1919 aus Art. 140 GG für die Art. 137, 138, 141 WRV?
3. Wo können wir die Gründungsurkunde des Landes Baden-Württemberg einsehen, gibt es ein Staatsangehörigkeitsgesetz und ein Heimatindigenat für das baden-württembergische Volk?
4. Den Religionsgesellschaften werden nach Art. 137 (7) WRV den Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe macht. Sind originäre Weltanschauungs- und/oder Bekenntnisgemeinschaften des Menschenrechts im partiellen Körper Baden-Württemberg eintragungspflichtig?
5. Welches Gericht wäre bei Streitigkeiten in Verbindung mit § 2 VwVfG, § 40 VwGO, § 20 GVG, § 3 GVGA, WüD verfassungsrechtlicher Art für originäre Körperschaften unter Beachtung der originären Kollisionsnormen zuständig?

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Müßner

ZDS-Referat Recht

Reiner Borchert

Regionalvertretung ZDS- Mitte

Deutsches Amt für Menschenrechte Leg. Dep. Schleswig-Holstein